

Memodo Speichertage Tour 2018

Jetzt kostenlos anmelden



Q.HOME+ ESS-G1  
ALL-IN-ONE SOLARSPEICHER MIT INTEGRIERTEM WECHSELRICHTER

Q.HOME+ ESS-G1 3.6 Q.HOME+ ESS-G1 5.5 Q.HOME+ ESS-G1 8.0

Q CELLS

# Wirtschaftsministerium plant Kürzung der Solarförderung bei größeren Photovoltaik-Dachanlagen von 20 Prozent

Nachdem sich die Koalitionsspitzen auf die Streckung der zusätzlichen Ausschreibungen für Photovoltaik und Windkraft geeinigt haben, taucht nun der Referentenentwurf des Bundeswirtschaftsministeriums auf. Dort ist für Photovoltaik-Anlagen zwischen 40 und 750 Kilowatt eine Kürzung der Solarförderung um 20 Prozent zum Jahreswechsel vorgesehen.

1. NOVEMBER 2018 SANDRA ENKHARDT

HIGHLIGHTS DER WOCHE MÄRKTE POLITIK DEUTSCHLAND



Zum Jahreswechsel soll es eine einschneidende Kürzung der Vergütung für Photovoltaik-Anlagen ab 40 Kilowatt geben.

Foto: Sonneninvest AG

Teilen    

Die Webseite nutzt Cookies, um anonym die Zahl der Besucher zu zählen. [Um mehr darüber zu erfahren, lesen](#)

[Sie bitte unsere Datenschutzerklärung.](#) ×

Kurz nach der **Einigung der Koalitionsspitzen von CDU, CSU und SPD** über den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien ist nun auch der Entwurf des Bundeswirtschaftsministeriums zum Energiesammelgesetz bekannt geworden. Darin enthalten sind auch die geplanten Änderungen im EEG, aber eben auch noch vieles mehr.

Etwas unerwartet kommt der nun geplante drastische Sondereinschnitt bei Photovoltaik-Dachanlagen zwischen 40 und 750 Kilowatt. Gerade diese Segmente hat in diesem Jahr dazu beigetragen, dass das politisch festgelegte Zubauziel von 2,5 Gigawatt neu installierter Photovoltaik-Leistung jährlich erstmals seit fünf Jahren wieder erreicht wird. Nun soll die Förderung zum Jahreswechsel um etwa 20 Prozent sinken.

„Die Preise für Photovoltaik-Module und Photovoltaik-Anlagen sind in den letzten Monaten stark gesunken. Gründe für den Preisverfall sind ein anhaltendes Überangebot im Weltmarkt und das Auslaufen der EU-Anti-Dumping- und Anti-Subventionszölle auf chinesische Photovoltaikmodule. Dies hat zu einer Überförderungssituation von größeren Photovoltaik-Dachanlagen geführt“, heißt es im Entwurf zur Begründung für die zusätzliche Kürzung. Bei Dachanlagen ab 60 Kilowatt liege eine Überförderung vor, die auch durch die monatliche Degression der Einspeisevergütung von derzeit einem Prozent nicht ausgeglichen werde.

Diese Überförderung muss laut Entwurf der EU-Kommission gemeldet werden. „Diese Anzeige ist erfolgt und in der Folge soll die Überförderung zum 1. Januar 2019 durch eine Anpassung des anzulegenden Wertes für Solaranlage bis einschließlich einer installierten Leistung von 750 kW korrigiert werden. Dieser Wert betrug im Oktober 2018 10,68 Cent pro Kilowattstunde. Der Wert wird auf das Niveau der Freiflächenanlagen abgesenkt. Dieser Wert wird zum 1. Januar 2019 auf 8,33 Cent pro Kilowattstunde festgelegt“, heißt es weiter.

„Die EU-beihilferechtlich begründeten Einschnitte bei der Vergütung größerer Solaranlagen auf Gebäuden treffen einen der wichtigsten Motoren der Energiewende und dürften der Investitionsbereitschaft gewerblicher PV-Investoren 2019 einen herben Dämpfer versetzen“, kritisiert Carsten Körnig, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands Solarwirtschaft (BSW-Solar), die neuen Pläne. Die Einschnitte seien überzogen.

Nach Berechnungen des Verbands werde etwa die Hälfte der jährlich neu installierten Photovoltaik-Leistung von dieser Kürzung betroffen sein. Körnig hätte sich gewünscht, dass die Bundesregierung sich auf die Regulierung durch den „atmenden

Deckel“ verlassen hätte. „Eine maßvolle Anpassung der Solarstromvergütung für Neuanlagen hätte sich in den nächsten Monaten durch den in §49 EEG geregelten atmenden Degressionsmechanismus von selbst ergeben. Die Höhe des nun geplanten zusätzlichen Einmaleinschnitts ist nicht nachvollziehbar“, so Körnig.

In dem Referentenentwurf sind die Sonderausschreibungen aufgeführt. Für 2019 soll es demnach zum 1. September und 1. Dezember zwei zusätzliche Termine geben, bei denen jeweils 500 Megawatt vergeben werden. 2020 und 2021 – wenn das Volumen bei 1,4 und 1,6 Gigawatt liegen soll – wird es nach dem Entwurf vier zusätzliche Ausschreibungstermine geben. Die erste der geplanten Innovationsausschreibungen mit 250 Megawatt ist auf den 1. September 2019 terminiert.

Der BSW-Solar forderte die Regierung erneut auf, das Zubauziel deutlich zu steigern. „Deutschland wird seine Klimaschutzziele nur erreichen und Strafzahlungen für zu hohe CO2-Emissionen nur vermeiden können, wenn die Bundesregierung den Photovoltaikausbau nicht nur auf Freiflächen, sondern auch auf Gebäuden deutlich erhöht“, sagte Körnig. „Die Bundesregierung kann nicht auf der einen Seite den Eigenverbrauch und die Direktversorgung mit Solarstrom unter anderem durch die anteilige EEG-Umlage weiterhin massiv behindern und andererseits die EEG-Marktprämien zu schnell kappen“, so Körnig weiter. Zudem müsse der „unsinnige 52-Gigawatt-Förderdeckel“ für die Photovoltaik endlich gestrichen werden.

Teilen    

#### SANDRA ENKHARDT

---



Sandra ist Senior Editor von pv magazine Deutschland. Sie berichtet seit 2008 über alle wichtigen Themen der Photovoltaik-Branche in Deutschland und auch weltweit.

[Mehr Artikel von Sandra Enhardt](#)

 [sandra.enhardt@pv-magazine.com](mailto:sandra.enhardt@pv-magazine.com)



#### < VORHERIGES

[11,5-Megawatt-Speicher in Varel in Betrieb genommen](#)

Die Webseite nutzt Cookies, um anonym die Zahl der Besucher zu zählen. [Um mehr darüber zu erfahren, lesen](#)

[Sie bitte unsere Datenschutzerklärung.](#) ×

**Energiekontor plant Solarpark ohne Förderung in Mecklenburg-Vorpommern****35 comments****Tim Wolf****ANTWORTEN**

1. November 2018 um 17:01 Uhr

Es ist und bleibt ein Sauhaufen in Berlin. Was nützen Sonderausschreibungen auf der einen Seite für (vermutlich überwiegend) Freiflächenanlagen, wenn die Nutzung vorhandener versiegelter Flächen (große Dächer) im gleichen Zuge erschwert bis unmöglich gemacht wird? Die Motivation für die Sonderausschreibungen war doch der Versuch, die Klimaziele noch zu erreichen.

Ich hatte mich schon gewundert, aber Altmaier sieht wohl auch das Ende der aktuellen Regierung kommen und tut noch schnell was er kann für die lieben Freunde aus den Revieren inkl. Herrn Laschet, der uns ja als Kanzlerkandidat erspart zu bleiben scheint.

Das wird die Sache aber hoffentlich nicht komplett bremsen. Ein Industriebetrieb mit entsprechendem Verbrauch ist nur sehr abgemildert davon betroffen, da der Eigenverbrauch entsprechend hoch ist. Ferner werden E-Tankstellen (Direktverbrauch) an den Standorten ein wichtiger Baustein für die Rentabilität sonstiger Dachflächen, was ja auch nicht schlecht wäre. Wo ein Wille ist, werden Wege sein.

Die Kohlelobby hat hier einen Pyrrussieg errungen, denn dadurch wird der PV-Strom eben sprunghaft günstiger, mehr Menschen erfahren davon, und Eigenerzeugung mittels PV sollte einen Schub erfahren...So die Theorie durch eine rosarote Brille...

Es ist absurd bei der geringen Nutzung passender Dächer von einer Überförderung auszugehen, der Markt zeigt schlicht etwas anderes.

Protest wird es sicher geben gegen den Referentenentwurf, aber wer sollte den Beschluss gefährden?

**Heinz-Bert Müssig****ANTWORTEN**

1. November 2018 um 18:15 Uhr

Hallo Tim, bist du der Tim Wolf von unserer Company?

**Joe****ANTWORTEN**

2. November 2018 um 0:06 Uhr

Die Webseite nutzt Cookies, um zu ermöglichen, die Zahl der Besucher zu zählen. [Um mehr darüber zu erfahren, lesen Sie bitte unsere Datenschutzerklärung.](#)

x

Ne, wir werden von Idioten regiert – dies ist der Beste Beweis! Lassen sich bei Hartz 4 von kriminellen Banden um 50 Mio beschießen und jetzt müssen die Idioten halt wieder genau dieses Geld ( 2,2 GW = 2200 MW, 1MW = 1000kW x 950 kWh/a x 0.0235 Euro x 2200 MW) ca. 50 Mio im Jahr, beim deutschen Steuerzahler und Sparer reinholen. Somit wird das deutsche Volk wieder einmal von seinen empfänglichen Idioten an der Regierung um die letzte sichere Geldanlage und Altersvorsorge betrogen. Richtig?? Ich kann diese Fratzen nicht mehr sehen und hören. Deshalb bei der nächsten Wahl nur noch Grün wählen – die waren Konservativen.

Was lernen wir daraus?

Unsere Regierung und unsere Beamten lassen sich lieber von kriminellen Banden aus der EU beschießen als etwas für's eigene Volk und dessen und des Landes Zukunft zu tun. 🍑🍑🍑🍑🍑

Echt geil!!!

Dafür dürfen wir weiterhin die blöden Debatten um Diesel Gate hören und unsere „lieben“ Stromkonzerne dürfen mit Ihren Dreckschleudern die Umwelt und unsere Luft weiter verpessten – das alles für Arbeitsplätze welche schon seit mehr als dreißig Jahren keine Zukunft mehr haben (Kohlepfennig – vielleicht kliggerts da bei manchem 50 – 60 jährigen). Gleichzeitig vernichten die gleichen Idioten Arbeitsplätze in der deutschen Automobilindustrie und unsere Presse verkündet heute noch Stolz die Einführung der Sammelklage für Endverbraucher und den Eingang einer weiteren Milliardenklage bei VW innerhalb weniger Jahre. Wir alle werden die Zeche zahlen!!

Natürlich finde ich den Beschiss von VW und Co. auch nicht gut – ich verstehe gar nicht warum die so einen Betrug überhaupt nötig hatten — ach ja, Shareholder Value, ich vergaß, ganz wichtig, schnelles Geld anstatt nachhaltige Werte schaffen.

Zum Schluss noch was an die Adresse unserer Politiker und die Vorstände und Mitarbeiter von Eon, Edis, RWE und Vattenfall. Wenn der Referentenentwurf zum 01.01.2019 umgesetzt wird seid Ihr Eure „sicheren“ Arbeitsplatz nur noch schneller los. Warum? Wer nicht mit der Zeit geht, der wird bereits in der nahen Zukunft bestraft – schaut Euch doch einfach Eure Aktienkurse von 2010 und heute an.

Euer Joe

Seit 29 Jahren Kämpfer für die Erneuerbaren.

Sorry Joe,

das sind 2 Paar Schuhe, die Hartz 4 Betrüger haben sich an Steuermitteln bedient. Die Kürzung der Solarförderung hat mit Steuern überhaupt nichts zu tun, diese kommen aus dem EEG Topf und der wird von den Verbrauchern über die Umlage gefüllt,

Einfach mal richtig recherchieren und nicht aus den Fingern saugen.

---

**Hurz**

ANTWORTEN

2. November 2018 um 11:09 Uhr

Grün wählen wie bekloppt von beiden Seiten wie ein Schnitzel!

---

**Hohi**

ANTWORTEN

4. November 2018 um 12:00 Uhr

Hallo Joe,

der größte Shareholder bei VW ist die SPD in Niedersachsen, einer der 2 Erfinder vom EEG. Wer glaubt, die Politik steht auf einer Seite, der hat absolut Recht, nämlich auf der, der eigenen Interessen. Wer hat die Abholzung vom Hambacher Forst unterschrieben? Rot-Grün in NRW. Wer die Genehmigung für das Kohlekraftwerk in Hamburg? Die grüne Umweltministerin. Und die Genehmigung für den Dieselmist kam direkt aus den zuständigen, nein, überrascht betroffenen Bundesministerien.

---

**Raimund Kamm**

ANTWORTEN

7. November 2018 um 14:50 Uhr

Mit so viel Falschaussagen tun wir, die wir die Energiewende insbesondere mit PV und Windkraft voranbringen wollen, uns wahrlich keinen Gefallen!

Natürlich ist die SPD nicht „Shareholder“ von VW. Die Rahmenplanung für den Abbau der Kohle und die Beseitigung des damals über 4000 ha großen Hambacher Walds wurde m.W. bereits in den 1970er Jahren beschlossen...

Raimund Kamm

---

**Echo einer Zukunft**

ANTWORTEN

1. November 2018 um 17:22 Uhr

Es macht auch Sinn sich über die Motivation der Bundesregierung zu den Rückbaukosten bei Kohlekraftwerken und auch dem Stand der Rücklagenbildung für den Kernkraftanlagenrückbau zu vergewissern:

Interessantes Engagement von Greenpeace zur LEAG Verantwortung für die Renaturierungs- und Ewigkeitskosten:

<https://www.pv-magazine.de/unternehmensmeldungen/braunkohle-rueckstellungen-leag-kommentar/>

Kernkraftwerke?

In welchen Projekten oder Fonds sind die Rückbaurücklagen (in welcher Höhe und mit welcher Absicherung) für deutsche Kernkraftanlagen derzeit geparkt/investiert?

---

**Herms**

ANTWORTEN

1. November 2018 um 18:00 Uhr

Politiker und Parteien die einen derartigen Beschluss gefasst haben, richten sich massiv gegen das deutsche Volk. Die Solarenergie ist ein wichtiger Wirtschaftszweig, ein fundamentaler Beitrag für die Umwelt. Eine derartige Entscheidung ist ein Wirtschaftsverbrechen. Dafür wird jeder in der freien Wirtschaft bestraft, doch unsere Politiker erhalten dafür einen Orden. Armes Deutschland, wo steuerst du hin.

---

**Raimund Kamm**

ANTWORTEN

7. November 2018 um 14:54 Uhr

@Herms

Wir leben in einer Demokratie. Auch wenn es unbequem ist, man kann andere politische Mehrheiten organisieren!

Die Autoindustrie, die Bauern haben jeweils einen Verband und starke Interessensvertretungen.

Es ist mehr als überfällig, dass die PV-Branche auch einen Verband auf die Beine stellt. Mit BSW, Eurosolar, DGS SFV, ... ist man miserabel aufgestellt.

Raimund Kamm

---

**Tobiko**

ANTWORTEN

1. November 2018 um 21:32 Uhr

Nicht alle unsere Politiker handeln so widersinnig Altkonzernehöriig gegen die erneubare Energiewende, nicht die von Bündnis90/die Grünen und die Linke, nicht leider nur wenige in den anderen Parteien, wie zB. Nina Scheer in der SPD. Es sind die anderen Parlaments-Parteien Vertreter von CDSU (wie unfair ist allein deren dauernd doppeltes Auftreten), die Haupt-SPD, die FDP und noch schlimmer die angebliche nationalistische Alternative, die noch mehr Atom- + Kohlekraft anstrebt und die EE-Finazierungen noch mehr bekämpft.

Übrigens jede Sonnenkraftanlage erbringt viel mehr Geldwert als sie kostet. Wie kommt es denn dass heute in der ganzen Welt PV aufbaubar geworden ist? Durch das EEG als es noch angemessen zu 5% pro Jahr angepasst wurde! Die angebliche Angemessenheit der 8,33 Ct statt der 10 ab 2019 ist nicht nachgewiesen, wie ebenso die 750 kWp-Grenze für Ausschreibungen nicht EU-konform ist, die bekanntlich ab 3000 kW dafür vorsieht und nach der EEG-Richtlinie auch die Bagatellgrenze auf 40 kW anheben will, wo keine Abgaben zu erheben sind. Auch die vielen Abgaben habt ihr nirgends fair einberechnet ihr trickzigen Zerstörer der Groko!

---

## **Reinhard Klophaus**

**ANTWORTEN**

1. November 2018 um 21:48 Uhr

Die ökologisch & klimatisch sinnvolle Vorzugsvariante ist doch klar im Vergleich: Freiflächen versiegeln architektonische Strukturen nutzen. – Welche Interessen stecken dahinter?

---

## **Tobiko**

**ANTWORTEN**

1. November 2018 um 21:53 Uhr



Was heißt hier eigentlich große Anlagen, Frau Enghardt, wenn die Sonderkürzung schon bei 40 kWp angesetzt wird? Wer berechnet da eigentlich seriös? Sind es RWE-Lobbyisten?

Groß wäre viel mehr und müsste so groß sein, dass es sich tatsächlich auch 20% gekürzt gut rechnet. Doch das wird aber nicht machbar aufgezeigt.

Und neue Vergütungen kosten schon lange nicht viel bei der EEG-Umlage, vielmehr sind es die verschiedenen Extras, die unter der Überschrift EEG-Förderung in Wahrheit den Atomar-Fossilen Sondergeschäfte auf Kosten der EEG-Umlage verschaffen. Verstehen Sie wie veramschend der Tagesbörsenverkaufszwang für EE wirkt, den die Ausgleichsverordnung von 2009 geschaffen hat.

Und unter den EE ist der Meereswindstrom der Konzerne am höchsten bis 2025! vergütet.

Die Groko organisiert erneute Behinderung, wo angeblich gefördert werden soll angesichts der Klima- und auch der Politikkrise!

---

**Manuella Kientz**

**ANTWORTEN**

1. November 2018 um 22:47 Uhr

Hier zeigt sich wieder deutlich das unsere Politiker sich von der wirtschaft beeinflussen lassen, kaum beschwert sich die strommafia das sie zuwenig Gewinn abwirft, erfinden unsere Politiker ausreden warum sie auf Strom durch solar verzichten müssen, haarsträubende ausreden dumm und dümmmer, erst sollen wir was für unsere Umwelt tun, dann klatscht sich jeder 2 in Deutschland solar auf das Dach, dann kommen die versifften grünen erfinden die solar Steuer um uns abzuzocken, reicht nicht also zukünftige Solaranlagen erschweren indem der Zuschuss drastisch gesenkt wird, schaut mal in andere Länder, da leben ganze Dörfer autark von ihrem eigenen erzeugten Strom, und da heult keiner von der geldgeilen strommafia, warum geht das bei uns nicht??!! Weil süwag, eon etc sich bei den Politikern erfolgreich beschweren dürfen, ein ganzes Dorf könnte autark leben wenn DIE es nur wollen und zulassen würden, die GRÜNEN und auch alle anderen Parteien sind doch alle verlogen und machtgeil, nur leere versprecher

---

**Raimund Kamm**

**ANTWORTEN**

7. November 2018 um 15:00 Uhr

Manche Äußerungen hier wirken auf mich, als ob sie aus einer Demokratie-Zerstörer-Firma in St. Petersburg stammten.

Raimund Kamm

---

## **Karl- Heinz Remmers**

ANTWORTEN

1. November 2018 um 22:49 Uhr

Bei der verständlichen Wut über diesen extremen Entwurf bitte nicht in allgemeines Politikbashing verfallen. Besser den Wirkmechanismus ansehen und schauen was wir tun können um in Zukunft wieder besser mitgestalten zu können. Und auch im Prozess angehört zu werden bevor solche Änderungen erstmal im Entwurf stehen was bekanntlich dann alles sehr schwierig macht. Aber nur wer auch Vertrauen genießt wird angehört.

Da ich neulich bei ein einem Kommentar hinsichtlich unserer eigenen Ideenlosigkeit aufgefordert wurde dann mal in Details zu gehen und sich das Thema hier ebenfalls die Unwirksamkeit der alten Lobbyansätze zeigt, will ich mal auf mehr und konkretes in den kommenden Monaten verweisen.

Sorry, dauert noch und muss ja auch Sinn geben- sonst besser nicht raushauen.

---

## **Ronny Henze**

ANTWORTEN

1. November 2018 um 23:47 Uhr

Dieser Entwurf ist der Gipfel der Plan- und Kopflosigkeit unserer regierenden Ministerien. Ist denn den entwerfenden Theoretikern immer noch nicht klar, dass eine Photovoltaik-Anlage nicht nur aus Modulen besteht?

Ja, die Modulpreise sind gefallen. Was ist jedoch mit den Netzanschlusskosten (Trafostationen etc.), die technischen Anschlussbedingungen wurden in den letzten Jahren (teils berechtigt) verschärft. Es stehen weitere Änderungen und damit Erhöhungen der Investitionskosten an (Steuerbarkeit; „intelligente Netze“). Zudem sind insbesondere große Aufdachanlagen nicht in knapp 8 verbleibenden Wochen geplant, ggf. fremdfinanziert, gebaut und angeschlossen (Lieferzeit Trafostationen 12 Wochen +). Zudem sind oftmals Leitungsrechte zu dem vom Verteilnetzbetreiber zugewiesenen Netzverknüpfungspunkt mit Dritten zu vereinbaren, dies bedingt oftmals langwierige Grundbuch-Formalitäten zur Erlangung rangrichtiger Eintragung von Dienstbarkeiten. Finanzierende Banken benötigen auch Prüfungs- und Planungszeit-/sicherheit. Was ist in diesem Zusammenhang mit den von der BNA bereits veröffentlichten EEG Sätzen bis einschließlich 01/2019? Was gilt am Ende? Was hat Rechtskraft?

Liebe gewählte und von Steuergeldern bezahlte Regierungsmitglieder: Absenkung ja, jedoch planbar und mit Augenmaß! Es werden sonst wieder volkswirtschaftliche Schäden (Unternehmenspleiten, Mitarbeiterentlassungen etc.) in Millionenhöhe produziert, dagegen ist das Thema Kohle ein Witz – vgl. Arbeitsplatzvernichtung in der Solarbranche in den zurückliegenden Jahren!). Ansonsten ziehe ich doch in eine „Bananenrepublik“ um, dort werde ich als Unternehmer der Arbeitsplätze schafft und Wertschöpfung betreibt wenigstens nicht von Bürokratie erschlagen. Die Planungs- und Rechtssicherheit wäre ja dann die gleiche...

---

**MM**

**ANTWORTEN**

2. November 2018 um 6:38 Uhr

Das Ganze Pack in Berlin zum Teufel jagen, das grüne zuerst.

Der Bezug zur Realität scheint endgültig verloren zu sein.

---

**Fröhlich**

**ANTWORTEN**

2. November 2018 um 11:30 Uhr

ME der einzig richtige Kommentar zu den ganzen Backe Backe Kuchen Kommentaren hier . Diese Gesellschaft ist vor Satttheit und Stromlinienförmigkeit dekadent geworden . Innovative Querdenker werden von zum Hauptteil, unproduktivem , verantwortungs- und visionslosem, ungebildetem Mittelmaß Gutmenschen unterdrückt und mit Hilfe der Medien in die gesellschaftlichen Ecken gedrückt.

Wie las ich gestern in der Handelswoche ?

„ Über den neuen Standortbericht (Ease of Doing Business) der Weltbank dürfte der Bundeswirtschaftsminister kaum jubeln.

Deutschland ist weiter abgerutscht und landet jetzt knapp vor Aserbaidshan auf dem 24. Platz. Das ist noch einmal vier Plätze schlechter als im vergangenen Jahr. Anders als beim WEF-Report steht bei der Weltbank nicht die Innovationsfähigkeit im Mittelpunkt, sondern die Frage, wie wirtschaftsfreundlich ein Land ist. Und dort liegen Anspruch und Wirklichkeit in Deutschland seit Jahren weit auseinander. So landet Europas größte Volkswirtschaft ( Einfügung, Deutschland ) von 190 untersuchten Ländern nur auf Platz 114, wenn es darum geht ein neues Unternehmen zu gründen.“

---

### **Karl- Heinz Remmers**

ANTWORTEN

2. November 2018 um 12:25 Uhr

Kann die Moderation solche dummen Kommentare ohne Themenbezug nicht einfach löschen?

---

### **Bernd Unterholzner**

ANTWORTEN

2. November 2018 um 7:43 Uhr

Die Landtagswahlen in Bayern und Hessen haben (nach Baden-Württemberg und Saarland) gezeigt, wo die Reise hingeht. Und wie jetzt in Bayern zu sehen, wird -wie vor einigen Jahren im Saarland -mal wieder recht forsch am Wählerwillen vorbei regiert. Die Freien Wähler sind ein willfähriger Partner, haben keinerlei Regierungserfahrung und werden -und das ist das Wichtigste für die CSU- in Berlin nicht wahrgenommen. Aber das Deutsche Volk ist längst nicht mehr so weltfremd wie unsere werten Damen und Herren in Berlin immer noch glauben wollen. Die Quittung wird hoffentlich bei der nächsten Bundestagswahl in der Weise kommen, als daß die alten Garden endlich zur Bedeutungslosigkeit degradiert werden. Die Zeit des Handaufhaltens sollte endgültig vorbei sein! Es bleibt zu hoffen, daß nicht auch die Grünen den Verlockungen der Lobbyisten erliegen, wenn sie erst einmal vollständig in der Regierungsverantwortung stehen. Mir wäre noch kein Politiker speziell der schwarzen oder roten Fraktion aufgefallen, der nach einem Karriereknick in seiner politischen Laufbahn nicht begierig von der Wirtschaft aufgesogen worden wäre. Wenn's nicht im Europaparlament weitergeht (bei erhöhten Gagen), dann halt bei Billfinger Berger, BMW, Siemens, Audi oder sonst wo (bei noch mehr Gage). Es steht außer Zweifel, daß wir mit unserem 2%-Anteil an der Weltbevölkerung mit unserer Energiewende die Welt nicht werden retten können, aber wenn jeder nur das Bisschen tut, das er problemlos in der Lage ist zu tun, dann geht die Reise schon in die richtige Richtung, wie die Deutsche Energiewende eindrucksvoll belegt. Die Technologien wurden im Wesentlichen in Deutschland auf Kosten der Deutschen Bevölkerung entwickelt. Wie schon öfter in der Vergangenheit wir geben sie bereitwillig ein weiteres Mal aus der Hand, sobald sichtbare positive Effekte eintreten würden. Um den Preis der Alimentation von 4.000 Arbeitsplätzen heute im Hambacher Forst und in der Lausitz und über Jahrzehnte von 50.000 Kohlekumpels im Ruhrpott, deren persönliche Schicksale uns natürlich nicht egal sein kann, wird ein ganzes Volk mit 82 Mio. Mann vorgeführt und ihm immense Kosten auch für die nächsten hunderte von Jahren aufgebürdet, wenn es um die Kosten der Renaturierung der Reviere geht. Diese werden mit Sicherheit ebenso sozialisiert werden wie die des Rückbaues der Atomkraftwerke. Die Shareholder der großen Energieerzeuger werden sich mit den Gewinnen längst aus dem Staub gemacht haben, wenn der Tag der Abrechnung kommt. Der Deutsche Steuerzahler wird's dann schon richten. Glück auf!

---

**SolarOle**

**ANTWORTEN**

2. November 2018 um 8:48 Uhr

Vertrauensschutz und Klimaschutz sind anscheinend Fremdwörter in Deutschland. Unmöglich! Geh uns endlich aus der Sonne, Altmaier!

---

**Christin**

**ANTWORTEN**

Die Webseite nutzt Cookies, um anonym die Zahl der Besucher zu zählen. [Um mehr darüber zu erfahren, lesen](#)

2. November 2018 um 11:07 Uhr

[Sie bitte unsere Datenschutzerklärung.](#) ×

„Der beste Platz für Politiker ist das Wahlplakat. Dort ist er tragbar, geräuschlos und leicht zu entfernen!“ (Viktor von Bülow, alias Lorient)

„Je weniger die Leute davon wissen, wie Würste und Gesetze gemacht werden, desto besser schlafen sie.“ (Otto von Bismarck)

„Der Staatshaushalt muss ausgeglichen sein. Die öffentlichen Schulden müssen verringert werden. Die Arroganz der Behörden muss gemäßigt und kontrolliert werden! (Marcus Tullius Cicero, 106 – 43 v. Chr.)

Grundprinzip guter Öffentlichkeitsarbeit: „Tatsachen muss man kennen, bevor man sie verdrehen kann.“ (Mark Twain)

---

Pingback: [Der Photovoltaik mal wieder kurzfristig die Lichter ausknipsen? – pv magazine Deutschland](#)

---

## Matthias Diehl

ANTWORTEN

2. November 2018 um 15:28 Uhr

Ich freue mich schon jetzt auf den Tag, an dem das in die Irre führende Wort „Förderung“ endlich aus dem Sprachschatz unserer Branche verbannt wird. Die Kohle und Atomlobby hat früher nie von Förderung gesprochen. Die brauchten immer nur Investitionssicherheit (was im Ergebnis mehr war, als wir je – als „Förderung“ getarnt – erhalten haben.) Dieser Begriff dient letztlich nur dazu die gesamte Branche in eine Subventionsecke zu schieben und so zu tun, als seien die EE „unwirtschaftlich“. An alle die sich hier so aufregen sei gesagt: Die PV wird sich in Deutschland ohnehin durchsetzen und zu einem tragenden Pfeiler unserer Stromversorgung werden. Das wird auch das Bundeswirtschaftsministerium langfristig nicht verhindern können. Insofern ... ruhig Blut.

---

## Rudi Maas

ANTWORTEN

3. November 2018 um 18:56 Uhr

Das ist richtig. Die Frage ist aber vielmehr ob wir eine dezentrale Erzeugung aufbauen oder ob mit großen Freilandanlagen den großen Netzbetreibern die Erträge zugeschanzt werden. Aktuell läuft ja alles darauf hinaus, das Volumen der kleinen Anlagen so weit wie nur möglich zu drücken. Es geht nach wie vor primär um Geschäftsinteressen. Es braucht einen grundlegenden Gesinnungswechsel in der Politik und endlich ein klares Bekenntnis zum Klimaschutz. Dann wird man schnell wieder erkennen, dass wir alle Akteure (auch die großen Netzbetreiber) brauchen, um voran zu kommen. Und dass wir die vorhandenen Dachflächen in großem Umfang nützen müssen.

Bis dahin heißt es durchhalten und das Beste geben.

---

## Dietmar Geckeler

ANTWORTEN

2. November 2018 um 18:57 Uhr

Man kann es drehen und wenden wie man will: Die dezentrale Energieversorgung und die CDU werden keine Freunde (mehr). Die Handschrift ist deutlich: Wer die Vergütungssätze von Solar-Dachanlagen auf das Niveau von Solar-Freiflächenanlagen absenkt, und das bereits ab 40 kWp, der hat entweder keine Ahnung von den realen Marktgeschehen (zu vermuten) oder/und hat eher das Interesse, den Ausbau der Solar PV auf Gebäuden auszubremsen um andererseits die großen Spieler wieder über Sonderausschreibungen wieder ins Spiel zu bringen (noch viel mehr zu vermuten). Kaum ist der Ausbau wieder nahe der von der Politik vorgesehen 2,5 GW / Jahr, versucht man die angedachten Sonderausschreibungen durch Kürzungen für Solar-Dachanlagen negativ zu kompensieren. Waren die Sonderausschreibungen nicht zum Schließen der Klimaschutzlücke 2020 gedacht? Noch abstruser wird der angedachte Referentenentwurf, wenn man die Auswirkungen auf den Mieterstromzuschlag betrachtet: Durch die Sonderkürzung wird der Mieterstromzuschlag für Anlagen > 40 kWp auf einen Schlag eliminiert. Da dieser bisher sowieso ein Rohrkrepieler war (3 MW pro Jahr statt den 500 MW maximal möglichen) ist das ggf. nicht so dramatisch. Die Frage ist nur: Spätestens jetzt wäre der Moment, im Energiesammelgesetz gleichzeitig die Mieterstromsystematik von einer (dann nicht mehr vorhandenen) Aktiv-Förderung über eine Vergütung umzustellen und Mieterstrom der Eigenversorgung gleichzustellen. Damit verringert man die Bürokratie, macht die Förderung unabhängig von EEG-Vergütungssätzen und sorgt so für eine Planbarkeit. Somit könnte man das wieder einmal zerstörte Vertrauen ggf. teilweise zurückgewinnen und zumindest in diesem Segment endlich die Investitions- und Planungssicherheit sowie den Anreiz geben, auf den Wohnungsbauunternehmen so lange schon warten. Das neue Energiesammelgesetz führt die Mieterstromförderung ansonsten nach nicht einmal 1,5 Jahren nach Einführung ad absurdum.

---

Die Webseite nutzt Cookies, um anonym die Zahl der Besucher zu zählen. [Um mehr darüber zu erfahren, lesen](#)

Rainer van den Bosch [Sie bitte unsere Datenschutzerklärung.](#)

×

ANTWORTEN

2. November 2018 um 22:12 Uhr

Bemerkenswert, dass sich Wirtschaftsminister Altmaier viel mehr Sorgen um die angebliche Überförderung von Solaranlagen macht als um die tatsächliche Verfehlung von Klimazielen.

Das riecht verdächtig nach erfolgreicher Lobbyarbeit der fossil/atomaren Stromerzeuger.

---

**Raimund Kamm**

**ANTWORTEN**

7. November 2018 um 15:07 Uhr

Danke, das trifft es!

Raimund Kamm

---

**Tomasz Königs**

**ANTWORTEN**

2. November 2018 um 22:54 Uhr

Auch wenn die Vergütung nun sinkt ab 2019, so sehe ich den Dämpfer nicht so stark für diese Anlagen da der Eigenverbrauch trotzdem bei über 90% liegt in der Regel und wir 100GW in Industrie und Gewerbe in Ost-West bauen ohne Probleme mit Einspeisung zu kriegen oder Speicher aufbauen zu müssen. Dass die EEG Förderung irgendwann zuende sein muss ist jetzt sowieso nichts schlimmes sondern eher erklärtes Ziel. Die PV kommt heute schon ohne aus.

---

**MGP**

**ANTWORTEN**

3. November 2018 um 10:42 Uhr

Wird es eine Übergangsregelung geben, für die Anlagen, bei denen noch vor Jahresende mit dem Bau angefangen wurde ? Welche sind die Bedingungen um noch die hohe Einspeisevergütung zu bekommen. Hat jemand dazu Infos ? Denke, dass so eine Übergangsregelung notwendig ist um Insolvenzen und Unternehmenspleiten zu verhindern.

---

**Tobias Stuhlenmiller**

**ANTWORTEN**

3. November 2018 um 20:55 Uhr



Interessant ist die Begründung mittels EU-Beihilfverfahren. Wir erinnern uns an zu hohe Nitratwerte im deutschen Grundwasser und überschrittene Luftverschmutzungsgrenzwerte in deutschen Großstädten. Willkommen im deutschen Solarcoaster – mit Schwung in die nächste Runde!

---

**Bruno**

**ANTWORTEN**

5. November 2018 um 8:39 Uhr

Deutschland hat mit dem EEG der ganzen Welt die echte Chance eröffnet, doch noch etwas gegen den Klimawandel zu tun.

(Endlichkeit der Fossilien, Atomrisiko und Arbeit für Generationen etc. mal ausser Acht gelassen)

Nun wurde gleichzeitig der zügige Ausbau erneuerbarer Energien immer wieder behindert, allen voran durch die Wirtschaftsminister.

Warum sind Ökologie und die Arbeitsplätze dieser Branche scheinbar nichts wert?

Es ist so erbärmlich, dass Herr Altmaier die Macht hat, mit einem Federstreich wieder einmal einen hoffnungsvollen Zuwachs zu zerstören.

Wieviel Macht haben die Gegner regenerativer Energie (und einer lebensfähigen Zukunft) über dieses Amt und das ganze Ministerium??

---

**Günter Westermann**

**ANTWORTEN**

5. November 2018 um 18:45 Uhr

Hermann Scheer (wird sich im Grabe umdrehen) und Hans-Josef Fell (kann es vermutlich nicht fassen) die beiden Väter des EEG, des erfolgreichsten und in über 40 Länder (mehr oder weniger schlecht) kopierten Innovations- und Investitionsprogrammes für eine saubere Energiezukunft, müssen mit ansehen (Hermann leider nicht mehr) wie dieses EEG ständig verschlimmbessert wird. Dass die Solarlobby (wenn es die überhaupt gibt) keine Chance gegen die Energie-Lobby hat ist mir bewusst. Dass die Energierevolution von unten aber wieder einmal mit einem Handstreich (20% EEG-Vergütungsreduktion für Dach-Anlagen ab 40kWp) , ohne Rücksicht auf die Menschen und ihre Umwelt, ausgebremst werden soll, ist fatal.

Der mündige Bürger fragt sich:

In welchem Land leben wir, wo diejenigen, die privates Geld in die Hand nehmen, um mit sehr kleinen Renditen (um 5%) umweltfreundliche Energie für alle zu erzeugen, ausgerechnet von denjenigen, die mit Ihrer krankmachenden Energieerzeugung, staatlich gefördert, mehr als 30% Rendite einfahren, als Schmarotzer bezeichnet werden?

Wenn man z.B. die 7 Milliarden DM die mit Kalkar in den Sand gesetzt wurden, zur Verrentung der Kohle-Kumpels verwendet hätte, könnten alle Kohle-Kumpels mit einer fürstlichen Rente nach Hause geschickt werden. Stattdessen bekommt die Kohle, deren Ende eigentlich schon beschlossen ist, noch 2,3 Milliarden € von unseren Steuergeldern geschenkt. Wenn man dann noch an den Hambacher Forst denkt kann man nur heulen!

Warum werden Fachleute wie Herr Quaschnig oder Herr Schellnhuber bei unseren Politikern nicht gehört?

LobbyControl kennt die Antwort.

Erst wenn die Wirtschaft in Deutschland sich ihrer Verantwortung für die Menschen und die Umwelt bewusst wird und nicht nur die Gewinne maximieren will, haben wir eine Chance das nächste Jahrhundert zu überleben.

Wir brauchen eine enkelfähige Zukunft und deshalb müssen wir uns gegen diese Lobbyisten und deren politische Erfüllungsgehilfen wehren.

Die Energierevolution kommt von unten, packen wir´s an, ein jeder mit den Möglichkeiten die er hat.

---

Pingback: [Kabinett beschließt Entwurf mit drastischen Absenkungen für PV-Anlagen ab 40 Kilowatt – pv magazine Deutschland](#)

---

### **Schreibe einen Kommentar**

Deine E-Mail-Adresse wird nicht veröffentlicht. Erforderliche Felder sind mit \* markiert.

Kommentar

Die Webseite nutzt Cookies, um anonym die Zahl der Besucher zu zählen. [Um mehr darüber zu erfahren, lesen](#)

[Sie bitte unsere Datenschutzerklärung.](#) ×

Name \*

E-Mail \*

Website

**Kommentar abschicken**

Mit dem Absenden dieses Formulars stimmen Sie zu, dass das pv magazine Ihre Daten für die Veröffentlichung Ihres Kommentars verwendet.

Ihre persönlichen Daten werden nur zum Zwecke der Spam-Filterung an Dritte weitergegeben oder wenn dies für die technische Wartung der Website notwendig ist. Eine darüber hinausgehende Weitergabe an Dritte findet nicht statt, es sei denn, dies ist aufgrund anwendbarer Datenschutzbestimmungen gerechtfertigt oder ist die pv magazine gesetzlich dazu verpflichtet.

Sie können diese Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. In diesem Fall werden Ihre personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht. Andernfalls werden Ihre Daten gelöscht, wenn das pv magazine Ihre Anfrage bearbeitet oder der Zweck der Datenspeicherung erfüllt ist.

Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie in unserer [Datenschutzerklärung](#).

